

**Eidgenössisches Departement für  
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation  
UVEK**

Per Mail an:  
finanzierung@bav.admin.ch

Bern, 27. September 2024

## **Vernehmlassung: Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026–2028**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026–2028 wahr.

Als anerkannter Sozialpartner der Branche öffentlicher Verkehr befürwortet transfair den Verpflichtungskredit grundsätzlich.

### **Art. 1**

Der regionale Personenverkehr (RPV) ist elementarer Bestandteil des schweizerischen Service Public und wichtiger Pfeiler des gut funktionierenden öffentlichen Verkehrs in der Schweiz. Gemeinsam mit der Nachfrage einer wachsenden Bevölkerung, wächst auch das Angebot des RPV seit Jahren.

Gemäss Vorschlag des Bundesrats sollen die Leistungen des RPV für den Zeitraum 2026–2028 mit einem Verpflichtungskredit in Höhe von 3'496 Millionen Franken abgegolten werden. transfair anerkennt, dass die Analyse des BAV zum Finanzierungsmehrbedarf sachlich und grundsätzlich nachvollziehbar durchgeführt wurde. Nichtsdestotrotz liegt der Vorschlag des Bundesrats um 9 Prozent tiefer als die auf den Bedürfnissen der Transportunternehmen (TU) basierenden Einschätzungen, welche sich bei 3'849 Millionen Franken befinden.

Aus Sicht des Personalverbands muss der Bedarf der Transportunternehmen sehr ernstgenommen werden. Die Mittel braucht es, um auch dem bereits eingeplanten Ausbau eines qualitativ hochstehenden Angebotes Rechnung zu tragen. Dies ist verbunden mit namhaften Rollmaterialbestellungen. Wesentliche Kostenfaktoren stellen zudem die Personalressourcen (Attraktivität, Arbeitsbedingungen) sowie der Ausbau der Sicherheitselemente für Fahrgäste und Personal dar. transfair geht weiter nicht einig mit der im erläuternden Bericht getroffenen Aussagen, dass die negativen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für den RPV abgewickelt und verdaut sind. Auch das Einspar- und Priorisierungspotential gemäss Bericht ist wohl zu ambitiös. Aus diesen Überlegungen folgert transfair, dass der vorgeschlagene Verpflichtungskredit des Bundesrates effektiv zu knapp bemessen ist und zusätzlichen Spardruck ins System bringen würde. Dies wäre potenziell mit negativen personalpolitischen Konsequenzen verbunden.

**transfair empfiehlt einen Verpflichtungskredit gemäss Bedarf der TU in der Höhe von 3'849 Millionen Franken.**

**Art. 2**

Die Teuerungsannahmen, die dem Verpflichtungskredit zugrunde liegen, belaufen sich 2024 auf 1,5 Prozent, 2025 auf 1,1 Prozent und ab 2026 auf 1 Prozent. Dies entspricht den vorläufig vom SECO angestellten Prognosen. Aufgrund der aktuell geopolitisch sehr instabilen Lage ist es aus Sicht des Personalverbands transfair aber sinnvoller, bei den Teuerungsannahmen einen gewissen Spielraum einzuräumen. Ein plötzlicher Anstieg der Teuerung ist jederzeit möglich und sollte präventiv budgetiert werden.

**transfair empfiehlt Teuerungsannahmen von 1,5 Prozent, welche ebenfalls Bestandteil des höheren Kreditbetrages sind.**

Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**transfair – Der Personalverband**



Bruno Zeller  
Branchenleiter Öffentlicher Verkehr



Olivia Stuber  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin